

IN DIESER AUSGABE

Kurzmeldungen

Seite 1

Willkommen in der Realität

Seite 8

Neue Fonds bei der BNP

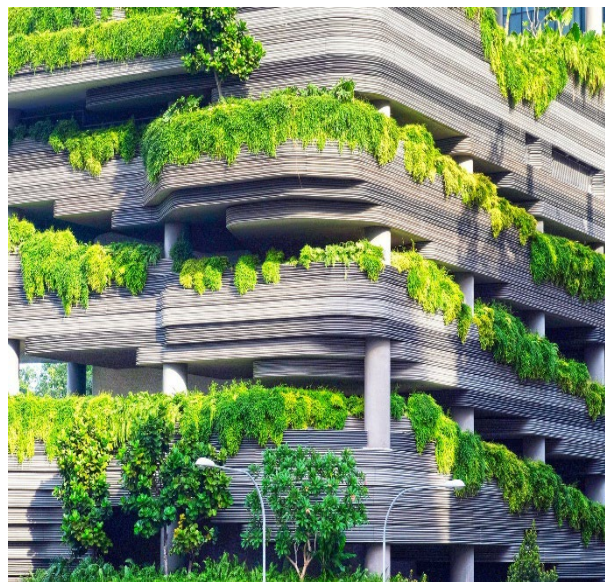
Seite 9

Gute Waffen – schlechte Waffen

Seite 10

Deutsche Gasversorgung: Das Ende der Vernunft – Teil 2

Seite 11



KURZMELDUNGEN

Atomkraft: Tür einen Spaltbreit geöffnet?

Kürzlich hatte bekanntlich die EU-Kommission Investitionen in Gas- und Atomkraftwerke unter bestimmten Auflagen als klimafreundlich und damit nachhaltig eingestuft. Das hatte vor allem in Deutschland, Österreich und Luxemburg zu heftigen Protesten geführt. Die anhaltenden Preissteigerungen im Energiesektor in Verbindung mit der großen Abhängigkeit von russischem Erdgas führen jedoch immer häufiger dazu, dass auch in Deutschland wieder über Atomenergie diskutiert wird. Im Hinblick auf einen (Weiter-) Betrieb von Kernkraftwerken hatten zwar Wirtschafts- und Umweltministerium bereits technisch-rechtliche Bedenken angemeldet. Der Branchenverband der Atomwirtschaft, Kerntechnik Deutschland (KernD), hatte diese Bedenken jedoch bereits entkräftet: „Aus Sicht von KernD kann ein Weiterbetrieb ohne Abstriche beim vorhandenen Sicherheitsniveau erfolgen.“ Vielmehr könnten „die Kernkraftwerke in einer Gasmangellage oder gar einer allgemeinen wirtschaftlichen Notlage in Deutschland mit ihrer grundlastfähigen Stromerzeugung einen entscheidenden Beitrag zur Energiesicherheit leisten, ohne unverhältnismäßigen Aufwand zu erzeugen.“ Da zwischenzeitlich Außenministerin Baerbock angekündigt hatte, Deutschland wolle bereits bis zum Ende dieses Jahres aus

Öl und Kohle aus Russland aussteigen, könnte die Tür vielleicht doch noch mehr als einen Spaltbreit aufgehen. Im Hinblick auf die Definition dessen, was nachhaltiges Wirtschaften bzw. Investieren ist, zeigt diese Kontroverse zweierlei: Die Definition sollte erstens nicht von ideologischen Gedanken dominiert werden. Zweitens sorgt die normative Kraft des Faktischen dafür, dass sich derartige Definition dynamisch verändern können. Das zeigt sich aktuell an der Diskussion darüber, ob nicht vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges zumindest bestimmte (Defensiv-) Waffen als nachhaltig eingestuft werden müssten.

ESG-Fonds: Niedrigere Kosten und höhere Renditen

Die europäische Wertpapieraufsicht ESMA analysiert jährlich den Markt für Finanzprodukte für Retailanleger. Für das Jahr 2020 kam sie zu dem Ergebnis, dass aktiv gemanagte ESG-Aktiefonds eine durchschnittliche Rendite von 3,3% und laufende Kosten in Höhe von 1,5% aufwiesen. Nicht-ESG-Fonds hingegen wiesen höhere Kosten (1,8%) und niedrigere Renditen (0,8%) auf. Vergleichbare Ergebnisse ergaben sich auch bei Mischfonds und Anleihenfonds. Als Grund für die niedrigeren Kosten wird gerne genannt, dass ESG-Fonds vergleichsweise jung sind und aufgrund des anhaltenden Kostendrucks in den letzten Jahren jüngere Fonds grundsätzlich niedrigere Kosten aufweisen würden als vergleichbare ältere Fonds. Diese Begründung konnte die ESMA jedoch nicht verifizieren. Ein etwas anderes Bild gibt es allerdings bei ETFs. Die nachhaltigen Fonds wiesen zwar eine bessere durchschnittliche Rendite auf, waren aber auch vielfach teurer als die herkömmlichen Varianten.

Swiss Life Maximo: Zentrales Investment wird grün

Die Swiss Life Niederlassung für Deutschland AG hat die Anlagemöglichkeiten für ihr Garantiemodell Maximo erweitert. Sowohl im sog. Zentralen Investment als auch im fondsgebundenen Rentenbezug enthält das Angebot jetzt auch „grüne“ Anlagemöglichkeiten. Die Portfolios Swiss Life Income+ Green, Swiss Life Balance+ Green und Swiss Life Dynamic+ Green sind jeweils als Artikel-8-Fonds klassifiziert. Hinter den Portfolios verbergen sich die Swiss Life Funds Multi Asset ESG Moderate, Multi Asset ESG Balanced und Multi Asset ESG Growth. Diese sind in Risikoklasse (SRI) 4 eingruppiert. Kapitalanlagegesellschaft ist die Swiss Life Asset Managers Luxembourg. Auch Bestandskunden können auf die neuen Portfolios zurückgreifen. Zudem können im zentralen Investment auch zwei ETFs bespart werden: Der iShares Core MSCI World und sein „grünes“ Pendant iShares MSCI World SRI.

Nachhaltige Immobilieninvestments gefragt

Verbraucher möchten im Rahmen ihrer nachhaltigen Geldanlage und Altersvorsorge vor allem in die Sektoren Immobilien, Energie und Technologie investieren. Das ist das Ergebnis einer Umfrage von Pangaea Life, der auf nachhaltige Investments spezialisierten Lebensversicherungsmarke der Versicherungsgruppe „die Bayerische“. „Nachhaltiges Wohnen und die klimaneutrale Zukunft unserer Städte sind Themen, die Menschen in Anbetracht des Wohnraum Mangels, stetig steigender Mieten und den zugleich immer sichtbarerem Auswirkungen des Klimawandels in unseren Städten bewegen“, erläuterte Daniel Regensburger, Geschäftsführer der Pangaea Life. Durch Investments in nachhaltige Immobilien wollten die Menschen selber einen Teil zur Lösung des Problems beitragen, sähen darin aber auch weiterhin eine sichere und chancenreiche Wertanlage.

LV1871 und ÖKOWORLD kooperieren

Die ÖKOWORLD AG und die Lebensversicherung von 1871 a. G. (LV 1871) haben eine strategische Partnerschaft geschlossen, um das Thema Nachhaltigkeit, Investment und Versicherung stärker zu verknüpfen. Sie haben gemeinsam die Anlagestrategie Klimarente entwickelt. Diese beinhaltet die fünf ÖKOWORLD Fonds Classic, Growing Markets 2.0, Klima, Rock'n'Roll und Water for Life. „Für uns war immer klar, dass wenn wir ein solches Produkt wie die Klimarente mit einem Versicherungsunternehmen umsetzen würden, dies nur in dieser glaubwürdigen Form ausschließlich mit den Fonds der ÖKOWORLD funktionieren kann. Den Begriff „Klimarente“ haben wir extra und exklusiv zu diesem Zweck in Alicante schützen lassen.“ sagte Alfred Platow, Gründer und Vorstandsvorsitzender der ÖKOWORLD AG. Hermann Schrögenauer, Vorstand der LV 1871, ergänzte: „Wir sind stolz, mit der ÖKOWORLD AG einen Pionier der nachhaltigen Geldanlage an der Seite zu haben. ... Als moderne fondsgebundene Vorsorgelösung leistet unsere MeinPlan Produktfamilie hier einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit privater Altersvorsorge.“

Finanzierung nur noch für „gesellschaftlich wertvolle Aktivitäten“?

Im Schatten des Ukraine-Krieges ist es fast ein bisschen untergegangen, dass eine Expertengruppe der EU-Kommission kürzlich ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Dabei geht es um den Vorschlag für eine mögliche Sozial-Taxonomie. Schon jetzt gibt es nichtfinanzielle Berichtspflichten von Unternehmen zu Umwelt- und Arbeitsschutz, Achtung der Menschenrechte, Ächtung von Korruption und Bestechung sowie Förderung von Diversität im Management. Die

Expertengruppe möchte diese ergänzen um Angaben zur Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit, zur Beschäftigung von Behinderten, zur Work-Life-Balance, einem „gesunden, sicheren und angepassten Arbeitsumfeld“, zu eigenen Antikorruptionsregeln und zu Informationen über die Lobbytätigkeit eines Unternehmens. Ziel solle es sein, privates Kapital in „gesellschaftlich wertvolle Aktivitäten“ zu lenken. Allerdings erscheint die Definition sozialer ökonomischer Tätigkeiten noch schwieriger, als die ohnehin schon hart diskutierte grüne Taxonomie. Während die EU-Kommission die grüne Taxonomie schon im Hinblick auf den „Green Deal“ für unabdingbar hält, lasse sich das für die soziale Taxonomie nicht sagen. Deren potentieller Inhalt berge definitiv mehr Konfliktstoff. Zum einen erinnert schon allein der Begriff „gesellschaftlich wertvolle Aktivitäten“ an das umstrittene chinesische Sozial-Scoring-Modell, mit dem (politisches) Wohlverhalten gefördert werden soll. Zum anderen befürchten schon jetzt Unternehmen, zukünftig Finanzierungsprobleme bekommen zu können, wenn sie bestimmte Nachhaltigkeitskriterien nicht erfüllen können und deswegen von Investoren gemieden werden.

Es gibt sie noch, die E-Kritiker

Kürzlich hatten sich bereits die Automobilhersteller Opel und Renault kritisch zu E-Autos geäußert. Nun warnte auch Oliver Zipse, Vorstandschef von BMW, davor, nur aus ideologischen Gründen auf eine reine Elektro-Strategie zu setzen. Zunächst verwies er darauf, dass in vielen Ländern eine entsprechende Infrastruktur fehle, und es daher Märkte gäbe, auf denen die E-Technologie noch Jahrzehntlang nicht zum Einsatz käme. Daher dürften sich die Hersteller nicht abhängig machen von einigen ausgewählten Ländern, in denen die E-Technologie schon weiter fortgeschritten sei. Bei einer Diskussion in New York sagte Zipse: „Wenn Sie keine Verbrennungsmotoren mehr verkaufen, wird es jemand anderes tun“. Weiterhin warnte er davor, bei der Versorgung mit Batterie-Rohstoffen, die hauptsächlich aus China kommen, neue Abhängigkeiten zu schaffen. Der Ukraine-Krieg hat ja gerade im Hinblick auf Erdgas, Öl und Kohle aus Russland gezeigt, wie schnell einseitige Abhängigkeiten zu Versorgungsengpässen führen können. Schließlich erläuterte er auch, dass gerade mit dem aktuellen Strommix die CO₂-Bilanz von Elektroautos nicht so gut ausfällt, wie sie gemeinhin dargestellt wird. Er plädierte daher für Technologie-Offenheit und das Vermeiden einer politischen Festlegung auf nur eine einzige Antriebsart. Es hat durchaus etwas Beruhigendes, wenn ein führender Vertreter der Automobilbranche sich derart pragmatisch äußert und nicht bedingungslos dem vermeintlichen Zeitgeist hinterherhechelt.

Barmenia und Schroders Capital investieren 100 Mio. Euro

Die Barmenia Versicherungen haben Schroders Capital beauftragt, ein Multi-Private-Asset-Portfolio aufzubauen und zu verwalten. Dieses soll als globales Impact Mandat nach Artikel 9 der EU-Offenlegungsverordnung klassifiziert werden. Dazu gehören auch Investitionen in zwei Fonds des ebenfalls zur Schroders Gruppe gehörenden Impact Investment-Pioniers BlueOrchard. Das Portfolio soll in den nächsten 3 Jahren aufgebaut werden. Insgesamt investiert die Barmenia 100 Mio. Euro. Dazu äußerte sich Andreas Eurich, Vorstandsvorsitzender der Barmenia: „Wir sind nachhaltig aus Überzeugung. Dieses Selbstverständnis übersetzen wir auch in die Finanzierung von Innovationen und langfristigen Investitionen in nachhaltige Finanzmärkte.“ Das Mandat soll einen positiven Beitrag zu den sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen leisten. Das Mandat bezieht sich schwerpunktmäßig auf folgende SDGs: Nummer 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), Nummer 7 (Bezahlbare und saubere Energie), Nummer 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), Nummer 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), Nummer 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und Nummer 13 (Klimaschutz). Georg Wunderlin, Global Head of Private Assets von Schroders, ergänzte: „Schroders Capital hat es sich zur Aufgabe gemacht, nachhaltige Lösungen für Kunden zu entwickeln, die auf eine breite Palette von Private Market-Strategien zurückgreifen, die von unseren Spezialistenteams mit langjährigem Track Record verwaltet werden. BlueOrchard verfügt nicht nur über fundierte Kenntnisse in den Bereichen Private Equity und Infrastruktur, sondern auch über mehr als 20 Jahre Erfahrung als Impact-Spezialist, auf die wir bei diesem Mandat zurückgreifen werden.“

Weniger nachhaltige Fonds

Das Analysehaus Morningstar hat die Liste der Fonds, die es als nachhaltig einstuft, deutlich ausgedünnt. In seinem Vierteljahresreport zu den Mittelzuflüssen nachhaltig gemanagter Fonds in Europa weist Morningstar nur noch 4.461 entsprechende Fonds aus. Zuvor wurde die Zahl noch auf 6.147 Fonds beziffert. Das verwaltete Vermögen liegt demnach bei 2,2 Billionen US-Dollar und nicht mehr bei 3,4 Billionen US-Dollar. Morningstar erklärte den Rückgang der Anzahl an Fonds damit, dass man zwar nach wie vor auf der Basis derselben Definitionen arbeite, aber die Analyse umfangreicher zusätzlich gesichteter Unterlagen eine Anpassung der als nachhaltig ausgewiesenen Fonds notwendig gemacht hätte. Unter den Fonds, die nun nicht mehr als nachhaltig eingestuft würden, seien auch Fonds, die sich durch eine entsprechende ESG-Kennzeichnung selbst als Förderer ökologischer oder sozialer Merkmale klassifiziert hätten. Zudem seien die eigenen ESG-Beurteilungskriterien weiterentwickelt worden.

Nachhaltigkeitsabfrage darf nicht zu komplex werden

Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, äußerte sich in einem Interview mit FONDS professionell ONLINE u. a. über die künftige Pflicht, bei der Anlageberatung die ESG-Präferenzen der Kunden zu erheben. „Generell ist sicher zu begrüßen, dass der Anlagemarkt und insbesondere der Fondssektor zunehmend die Nachhaltigkeit im Fokus hat und dass die Bürger besser darüber informiert werden, in welche Geldanlagen sie investieren. Selbstverständlich müssen wir aber darauf achten, dass das Verfahren in der Umsetzung nicht zu bürokratisch wird. Denkbar wäre, eine obligatorische Abfrage nur bei Neuverträgen und ohnehin anstehenden Kundengesprächen zu fordern. Für übertrieben würde ich es halten, wenn Millionen von Kunden für eine Neubewertung Ihres Anlegerprofils persönlich in eine Filiale gebeten werden. Die Einführung neuer Risikoklassen durch Mifid II vor noch nicht allzu langer Zeit hat bereits zu erheblichem Aufwand für alle Beteiligten geführt.“ Die kontroverse Diskussion über die Klassifizierung von Atomkraft und Erdgas im Rahmen der EU-Taxonomie kommentierte sie pragmatisch: „Genau genommen ist keiner der beiden Energieträger nachhaltig. Aber wer wie Deutschland gleichzeitig aus Atomkraft und Kohleenergie aussteigt, bei steigendem Energiebedarf aber einen stockenden Ausbau der Erneuerbaren verzeichnet, hat keine Wahl, als auf Gas als Brückentechnologie zu setzen.“

IMPRESSUM

BINL news 04 / 2022

Herausgeber:

Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung

infinma Institut für Finanz-Markt-Analyse GmbH | Max-Planck-Str. 38 | 50858 Köln

Tel.: 0 22 34 – 9 33 69 – 0 | Fax: 0 22 34 – 9 33 69 – 79 | E-Mail: info@infinma.de

Redaktion: Marc C. Glissmann, Dr. Jörg Schulz

Bildquellen: Photo by Danist Soh Unsplash

SAVE THE DATE

Online 23. Juni 2022, 10 – 16.30 Uhr

2. Kongress der Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung

Erhalten Sie aus erster Hand interessante Informationen rund um das Thema Nachhaltigkeit.
Geplant sind drei Blöcke zu den Schwerpunktthemen:

Kapitalanlagen der Versicherer, „Grüner Deckungsstock“

Bewertung und Prüfung der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit im Beratungsprozess

Freuen Sie sich auf das Know-how der Experten von u. a.:

Concordia oeco, Deutsche Aktuarvereinigung DAV, Forum Nachhaltige Geldanlage FNG,
ISS-ESG, KPMG, OVB, SIGNAL IDUNA und Verein für Konsumenteninformation

Weitere Referenten sind in Planung.

Melden Sie sich schon jetzt hier an:

<https://attendee.gotowebinar.com/register/3502035114879215117>

Die Veranstaltungstechnik inkl. des Anmeldeverfahrens wird freundlicherweise von Standard Life zur Verfügung gestellt.

Willkommen in der Realität

Christian Geinitz hat sich kürzlich in der FAZ mit der deutschen Energiewende bzw. Klimapolitik beschäftigt. Dabei ist sein Fazit wenig schmeichelhaft und seine Empfehlung für die Zukunft beeindruckend einfach. Zunächst hält er unmissverständlich fest: „Die Frage ist allerdings, ob der deutsche Weg der richtige ist. Denn der Klimaschutz ist untrennbar mit Fragen zum Wohlstandserhalt und zur Versorgungssicherheit verbunden. Und in dieser Abwägung zeigt sich gerade jetzt in der Ukraine-Krise, dass Berlin auf dem Holzweg ist.“

Die deutschen Regierungen haben in der Vergangenheit schlicht und ergreifend zu sehr und einseitig auf erneuerbare Energien und den Import fossiler Brennstoffe aus Russland gesetzt. Die Argumentation der Ampel-Koalition läuft ins Leere, wenn sie sagt: Hätten wir schon mehr Ökostrom, sprich mehr Windkraft- und Solaranlagen, wären die Abhängigkeiten von Russland nicht so schwerwiegend. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien verläuft in Deutschland ebenso schleppend wie der Ausbau der Stromtrassen. Das liegt allerdings auch an einem gewollten rechtsstaatlichen Genehmigungsprozess. Zudem kann sich Deutschland in keinem Fall alleine aus Erneuerbaren Energien versorgen. Schon die Versorgungssicherheit erfordert es, wetterunabhängige Kapazitäten vorzuhalten. Selbst bei den Grünen gibt es inzwischen vereinzelte Stimmen, die dies eingestehen. Leider hat man allerdings gerade bei der jüngeren Generation häufig das Gefühl, für sie käme der Strom tatsächlich aus der Steckdose. Zudem fehlt bei ihnen auch das Gespür dafür, wie sehr permanente Smartphone- und Internetnutzung den Strombedarf belastet. Im Hinblick auf die dringend benötigte Forcierung der Digitalisierung in Deutschland, bspw. im Gesundheitswesen, wird sich zudem der Strombedarf zukünftig weiter erhöhen.

Erschwerend hinzu kommt bei vielen – vor allem grünen – Politikern eine erschreckende Aversion gegen alles Technische. Eine Speicherung von CO₂ im Boden will man genauso wenig zulassen wie die Gewinnung eigener Öl- und Gasressourcen mittels Fracking. Mit Hilfe des Frackings und der Atomkraft haben sich bspw. die USA energiepolitisch unabhängig gemacht.

Aus den genannten Gründen muss die Koalition in Berlin die derzeitige Krise als Weckruf für die Energiepolitik verstehen. So fordert Geinitz, dass die Grünen jetzt die Verteufelung von heimischer Braunkohle, von Nuklearenergie und anderen Technologien überdenken müssen. „Es gilt, das Dreieck neu zu ziehen zwischen CO₂-Einsparung, Versorgungssicherheit und verkraftbaren Preisen. Das wäre eine vorausschauende Energiepolitik, die in der Vergangenheit leider ausgeblieben ist.“

Neue Fonds bei der BNP

Die BNP Paribas Asset Management (BNPP AM) hat zwei thematische Indexfonds mit dem Schwerpunkt auf Medizintechnik (Med Tech) bzw. grüner Wasserstoffwirtschaft (Green Hydrogen) aufgelegt. Beide ETFs verfolgen einen ESG-Ansatz.

Der BNP Paribas Easy ECPI Global ESG Med Tech bildet den ECPI Global ESG Medical Tech Index nach, eine Auswahl von 50 weltweiten Aktien aus den vier Bereichen der nachhaltigen Medizintechnik: Biotechnologie, Life Science Tools & Services, Instrumente, Ausrüstung und Zulieferer und Gesundheitstechnologie. Der Fonds trägt damit der starken Entwicklung des Gesundheitssektors in den letzten zehn Jahren Rechnung, namentlich zahlreichen technologischen Fortschritten in den Bereichen Informatik, Robotik und Biotechnologie sowie von strukturellen Faktoren wie der demografischen Entwicklung. Der ECPI Global ESG Medical Tech Index ist ein gleichgewichteter Index. Der Fonds basiert auch auf ESG-Filtern und Sektoraus-schlüssen. Der Fonds ist nach Artikel 8 klassifiziert.

Der BNP Paribas Easy ECPI Global ESG Hydrogen Economy bildet den ECPI Global ESG Hydrogen Economy Index ab, der ein Investment in 40 Unternehmen der nachhaltigen grünen Wasserstoffwirtschaft bietet. Wasserstoff spielt bekanntlich für die Europäische Union eine Schlüsselrolle beim Umbau der Wirtschaft, der auch als Green Deal bezeichnet wird. Ziel ist es, Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. Wasserstoff ist eines der am häufigsten vorkommenden Elemente und gilt als Alternative zu fossilen Brennstoffen. Bis zum Jahr 2020 wird in diesem Bereich ein Investitionspotential von 150 Mrd. Dollar oder mehr gesehen. Die Unternehmen im Index werden aufgrund von ESG-Kriterien ausgewählt und ihren Bemühungen, die Abhängigkeit von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen zu verringern. Der Bereich Wasserstoff umfasst dabei Unternehmen, die maßgeblich an der Bereitstellung von Lösungen auf Basis von grünem Wasserstoff beteiligt sind, einschließlich Produktion, Lieferung oder Speicherung. Der Bereich Saubere Energie berücksichtigt Unternehmen, die maßgeblich an der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien beteiligt sind, der in nachhaltigen Wasserstoffproduktionsanlagen verwendet wird. Die Klassifizierung des Fonds erfolgt nach Artikel 9.

„Die Sektoren Gesundheitswesen und grüner Wasserstoff erfreuen sich eines starken Wachstums und sind Zukunftsthemen, die es uns ermöglichen, relevante langfristige Investmentlösungen anzubieten.“, erklärte Claus Hecher, Head of Business Development ETF und Indexlösungen. „Diese beiden Erweiterungen unseres Angebots an Indexfonds zeigen unser Bestreben, ein wichtiger Anbieter von thematischen ESG-ETFs zu sein.“

Gute Waffen – schlechte Waffen

Der Krieg in der Ukraine hat u. a. auch dazu geführt, dass sich die Einstellung im Hinblick auf Waffen geändert hat. Man erlebe aktuell eine Zeitenwende, sagte bspw. Prof. Klein von der Universität Kassel. „Waffen werden das große Thema.“ So wird zunehmend darüber diskutiert, ob Rüstungshersteller mit Blick auf die Verteidigung als nachhaltig eingestuft werden können. So heißt es auf der Homepage des deutschen Rüstungs-Lobbyverbandes BDSV: „Sicherheit ist Mutter aller Nachhaltigkeit.“ Patrice Caine, Geschäftsführer des französischen Verteidigungsunternehmens Thales, erklärt: „Es gibt keine Nachhaltigkeit ohne Stabilität“.

Man mag in dieser Diskussion stehen, wo man will. Sie verdeutlicht vor allem eines: Die Definition von Nachhaltigkeit bzw. die Klassifizierung von Wirtschaftsgütern oder -sektoren als nachhaltig ist keinesfalls trivial, sondern hochkomplex und vor allem ein Ergebnis individuell unterschiedlicher Präferenzen. So kann Gentechnologie negative Auswirkungen auf die Natur haben, andererseits aber Milliarden von Menschen vor Hungersnöten bewahren. Fast jede Waffe kann ein Instrument zur Verteidigung sein, aber auch zum Angriff genutzt werden.

Seit Kriegsbeginn sind die Aktienkurse großer Waffenhersteller in Europa geradezu explodiert. Das könnte das Interesse einiger ESG-Anleger an Investitionen in Waffen erklären. Die Rüstungsbranche fordert aktuell, als nachhaltig eingestuft zu werden und argumentiert damit, dass sie Schwierigkeiten habe, sich zu refinanzieren. Waffen galten bis zum Ukraine-Krieg bei vielen Investoren als geächtet. Das scheint sich zu ändern. Die LBBW bspw. erläuterte, dass man aus Sicherheitsgründen in Europa eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie brauche und man daher als Finanzierungspartner für Rüstungsunternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehe. Gleichzeitig sagt aber das Nachhaltigkeitsregelwerk der LBBW, dass Unternehmen, die Streumunition und / oder Antipersonenminen herstellen, ausgeschlossen werden. Man unterscheidet also zwischen guten und schlechten Waffen. Commerzbank-Chef Manfred Knof wies auf die sehr hohen Investitionen hin, die eine Neudefinition des Bundeswehr-Auftrages erfordern würden und sieht dabei eine wichtige Rolle der Banken.

Auf der anderen Seite hat etwa das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) verlauten lassen, dass Unternehmen, die mehr als 5% ihres Umsatzes mit Rüstungsgeschäften machen, kein FNG-Siegel erhalten können.

Prof. Klein fasste die aktuelle Diskussion treffend zusammen: „Jeder spricht über Nachhaltigkeit. Und jeder versteht etwas anderes darunter.“ Gerade vor diesem Hintergrund kommt der Transparenz bei Finanzanlagen eine überragende Bedeutung zu. Nur wenn diese hoch genug ist, kann jeder Investor für sich entscheiden, ob die Anlage seinen Präferenzen entspricht.

Deutsche Gasversorgung: Das Ende der Vernunft – Teil 2

In den Medien und auch von einigen (EU-) Politikern wird immer wieder vehement gefordert, den Import von russischem Gas wegen des Ukraine-Krieges zu stoppen. Während seriöse Wirtschaftsvertreter auf die verheerenden Folgen für die deutsche Wirtschaft hinweisen und dringend vor einem Embargo warnen, scheint das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Lösung gefunden zu haben. Am 8. April 2022 veröffentlichte das DIW die Studie „Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert“. Die Studie scheint jedoch auch unter Wissenschaftlern umstritten zu sein; einige bezeichneten sie gar als „Junk“.

Die Studie basiert auf zwei Kernelementen: Erhöhung der Erdgasimporte und Gaseinsparungen. Zunächst versucht das DIW darzustellen, wie Deutschland seine Erdgasimporte erhöhen könnte. Als Möglichkeiten werden Steigerungen der Exporte über Pipelines von Norwegen und Holland, die Erhöhung des Anteils von LNG (Flüssiggas) aus Holland, Belgien und Frankreich sowie eine Erhöhung der eigenen Gasförderung. Doch wie realistisch sind diese Optionen? Es gehört schon eine gewisse Phantasie dazu, anzunehmen, die genannten Länder hätten allesamt nur darauf gewartet, die Lieferungen nach Deutschland endlich zu erhöhen. Zur Zeit dürften alle westlichen Ländern darüber nachdenken, wie sich importiertes russisches Gas ersetzen lässt. Daher scheinen Erhöhungen der Exportmengen eher unwahrscheinlich zu sein. Norwegen bspw. wird noch in 2022 2 Mrd. Kubikmeter - und ab 2023 10 Mrd. Kubikmeter pro Jahr – vom deutschen Kontingent abzwacken und nach Polen liefern. Hintergrund dürfte sein, dass man in Norwegen davon ausgegangen ist, dass durch die Fertigstellung von Nord-Stream-2 die deutsche Nachfrage zurückgehen würde. In Holland wiederum denkt man regelmäßig darüber nach, die eigene Erdgasförderung zu beschränken, da die Fördergebiete möglicherweise Erdbeben gefährdet sind. Eine Steigerung der deutschen Fördermenge ist trotz der angespannten Versorgungslage politisch kaum durchsetzbar.

Bei der Darstellung der Einsparmöglichkeiten fällt zunächst auf, dass das DIW nicht mit dem für 2022 geschätzten Bedarf in Höhe von 95 Mrd. Kubikmetern rechnet, sondern mit dem deutlich niedrigeren Ist-Verbrauch des Jahres 2020 in Höhe von 85 Mrd. Kubikmetern. Damit wären schon mal die ersten 10 Mrd. eingespart, ohne zu wissen, warum der tatsächliche Bedarf nun niedriger als die ursprüngliche Schätzung sein sollte. Sodann stellt das DIW in drei Szenarien Einsparungen von 10,6%, 18,8% und 28,3% vor. Diese sollen in den Bereichen Private Haushalte, Gewerbe und Dienstleistungen, Industrie sowie Wärme- und Elektrizitätserzeugung realisiert werden. Wie das geschehen soll, weiß das DIW natürlich auch: „Bei den Haushalten kann dies durch ein Absenken der Raumtemperatur, der Warmwassernutzung sowie den

kurzfristig stärkeren Verbau von Wärmepumpen erreicht werden. ... In der Industrie besteht das größte Einsparpotenzial durch den Umstieg auf alternative Energieträger in der Wärmeerzeugung wie Strom, Kohle oder Biomasse.“ Wie soll aber bspw. der Verbau der Wärmepumpen vonstattengehen? Schon jetzt sind monatelange Wartezeiten bei Handwerkern keine Seltenheit. In wie vielen Häusern lassen sich Wärmepumpen überhaupt einbauen? Zumindest für den Winter 2022/2023 sollte man sicher nicht davon ausgehen, dass zusätzliche Wärmepumpen einen messbaren Effekt auf den Gasverbrauch haben könnten.

Im Stromsektor sieht das DIW ein besonderes Einsparpotential: „Vor allem im Stromsektor (ohne Wärmeerzeugung), wo der Ersatz von Erdgas aus technischer Sicht einfacher machbar ist, kann der Erdgasverbrauch reduziert werden. Dabei müsste allerdings kurzfristig mehr Kohle genutzt werden. In den Nachfrageszenarien wird davon ausgegangen, dass mindestens 30 Prozent und bis zu 100 Prozent (im Verhältnis zu 2020) des Erdgasverbrauchs im Stromsektor verschoben werden könnten.“ Allerdings soll der gleiche Stromsektor, der 100% Erdgas einsparen soll, den zusätzlichen Strom liefern, den die Industrie braucht, um Erdgas einsparen bzw. substituieren zu können. Diese Argumentation erschließt sich nicht wirklich.

Zu guter Letzt stellt das DIW die zusätzlichen Erdgasmengen in Relation zu den Einsparungen: „Ein maximales Angebot ergibt in Kombination mit allen Nachfrageszenarien ein ausgeglichenes Bild für das Jahr 2022 sowie den Winter 2022/23 Eine Deckungslücke ergibt sich bei einem niedrigeren Angebot. Mit einem realistischen Angebot und mittleren Einsparungen beträgt die Deckungslücke aber nur 10 Prozent. Diese könnten durch zusätzliche Einsparungen erreicht werden.“ Die o. g. 10 Mrd. Kubikmeter, die beim Einsparpotential unter den Tisch gefallen sind, müssten natürlich auf die Deckungslücke drauf gerechnet werden. Mit anderen Worten: In keinem der vom DIW aufgezeigten Szenarien geht die Rechnung wirklich auf.

Schon in der Vergangenheit wurde dem DIW wiederholt vorgeworfen, eher „Stichwortgeber“ für die Politik zu sein. Argumentationshilfen für ein Erdgasembargo kommen einigen Politikern da sicher sehr gelegen. Übrigens: Besonders nachhaltig sind die Überlegungen des DIW auch nicht. Das zeigt ein kurzer Blick auf einige der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (17 SDGs der UN). Die steigende Nachfrage nach nicht-russischem Erdgas wird zu weiteren Preiserhöhungen führen (Ziel 7 „Bezahlbare und saubere Energie“). Erforderliche Anpassungsmaßnahmen in der Industrie verstoßen möglicherweise gegen Ziel 9 („Industrie, Innovation und Infrastruktur“). Der nicht ausgeschlossene – temporäre? – Mehrverbrauch an fossilen Brennstoffen konterkariert Ziel 13 („Maßnahmen zum Klimaschutz“). Und wie nachhaltig ist ein Konsum von Erdgas, der zu Lasten der Verbrauchsmenge der exportierenden oder anderer Länder gehen könnte (Ziel 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“)?